

# **Organisationsreglement**

**der**

**Einwohnergemeinde**

**HÖFEN**

**vom**

**17. Juni 2011**

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. ORGANISATION .....</b>	<b>3</b>
A.1 DIE GEMEINDEORGANE .....	3
A.2 DIE STIMMBERECHTIGTEN .....	3
A.3 DER GEMEINDERAT .....	4
A.4 DAS RECHNUNGSPRÜFUNGSORGAN.....	6
A.5 DIE KOMMISSIONEN .....	7
A.6 DAS GEMEINDEPERSONAL.....	7
<b>B. POLITISCHE RECHTE.....</b>	<b>7</b>
B.1 STIMMRECHT .....	7
B.2 INITIATIVE.....	8
B.3 FAKULTATIVE VOLKSABSTIMMUNG (REFERENDUM).....	8
B.4 PETITION.....	9
<b>C. VERFAHREN AN DER GEMEINDEVERSAMMLUNG.....</b>	<b>9</b>
C.1 ALLGEMEINES .....	9
C.2 ABSTIMMUNGEN .....	11
C.3 WAHLEN .....	12
<b>D. ÖFFENTLICHKEIT, INFORMATION, PROTOKOLLE.....</b>	<b>15</b>
D.1 ÖFFENTLICHKEIT .....	15
D.2 INFORMATION .....	15
D.3 PROTOKOLLE .....	15
<b>E. AUFGABEN.....</b>	<b>16</b>
E.1 AUFGABENWAHRNEHMUNG .....	16
E.2 AUFGABENERFÜLLUNG.....	16
<b>F. VERANTWORTLICHKEIT UND RECHTSPFLEGE .....</b>	<b>17</b>
F.1 VERANTWORTLICHKEIT.....	17
F.2 RECHTSPFLEGE .....	18
<b>G. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN.....</b>	<b>18</b>
<b>AUFLAGEZEUGNIS.....</b>	<b>19</b>
<b>ANHANG I: KOMMISSION .....</b>	<b>20</b>
<b>ANHANG II: VERWANDTENAUSSCHLUSS .....</b>	<b>21</b>

## A. Organisation

### A.1 Die Gemeindeorgane

Organe

**Art. 1** Die Organe der Gemeinde sind:

- a) die Stimmberechtigten
- b) der Gemeinderat und seine Mitglieder, soweit sie entscheidbefugt sind
- c) die Kommissionen, soweit sie entscheidbefugt sind
- d) das Rechnungsprüfungsorgan
- e) das zur Vertretung der Gemeinde befugte Personal

### A.2 Die Stimmberechtigten

Grundsatz

**Art. 2** Die Stimmberechtigten sind das oberste Organ der Gemeinde.

Zuständigkeit

**Art. 3** Die Versammlung wählt:

a) Wahlen

- a) die Präsidentin oder den Präsidenten (der Versammlung und des Gemeinderates in einer Person)
- b) die übrigen Mitglieder des Gemeinderates
- c) das Rechnungsprüfungsorgan

b) Sachgeschäfte

**Art. 4** Die Versammlung beschliesst:

- a) die Annahme, Abänderung und Aufhebung von Reglementen
- b) den Voranschlag der Laufenden Rechnung, die Anlage der obligatorischen sowie den Satz der fakultativen Gemeindesteuern
- c) die Rechnung
- d) soweit CHF 20'000.00 übersteigend:
  - neue Ausgaben
  - von Gemeindeverbänden unterbreitete Sachgeschäfte
  - Bürgschaftsverpflichtungen und ähnliche Sicherheitsleistungen
  - Rechtsgeschäfte über Eigentum und beschränkte dingliche Rechte an Grundstücken
  - Anlagen in Immobilien
  - Beteiligung an juristischen Personen des Privatrechts mit Ausnahme von Anlagen des Finanzvermögens
  - Verzicht auf Einnahmen
  - Gewährung von Darlehen, die nicht sichere Anlagen darstellen
  - Anhebung oder Beilegung von Prozessen oder deren Übertragung an ein Schiedsgericht, massgebend ist der Streitwert
  - Entwidmung von Verwaltungsvermögen und
  - die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte
- e) bei Gemeindeverbänden: den Ein- und Austritt sowie Reglemente, die den Gemeinden zur Beschlussfassung zugewiesen werden
- f) die Einleitung sowie die Stellungnahme der Gemeinde innerhalb des Verfahrens über die Bildung, Aufhebung oder Gebietsveränderung von Gemeinden

Wiederkehrende Ausgaben	<b>Art. 5</b> Die Ausgabenbefugnis für unbefristet wiederkehrende Ausgaben ist zehnmal kleiner als für einmalige.
Nachkredite	<b>Art. 6</b> <sup>1</sup> Das für einen Nachkredit zuständige Organ bestimmt sich, indem der ursprüngliche Kredit und der Nachkredit zu einem Gesamtkredit zusammengerechnet werden.
a) zu neuen Ausgaben	<sup>2</sup> Den Nachkredit beschliesst dasjenige Organ, das für den Gesamtkredit ausgabenberechtigt ist.
	<sup>3</sup> Beträgt der Nachkredit weniger als zehn Prozent des ursprünglichen Kredits, beschliesst ihn immer der Gemeinderat.
b) zu gebundenen Ausgaben	<b>Art. 7</b> <sup>1</sup> Nachkredite zu gebundenen Ausgaben beschliesst der Gemeinderat.
c) Sorgfaltspflicht	<b>Art. 8</b> <sup>1</sup> Der Nachkredit ist einzuholen, bevor sich die Gemeinde Dritten gegenüber weiter verpflichtet.
	<sup>2</sup> Wird ein Nachkredit erst beantragt, wenn die Gemeinde bereits verpflichtet ist, kann sie abklären lassen, ob die Sorgfaltspflicht verletzt worden ist und ob weitere Schritte einzuleiten sind. Haftungsrechtliche Ansprüche der Gemeinde gegen die verantwortlichen Personen bleiben vorbehalten.

### A.3 Der Gemeinderat

Grundsatz	<b>Art. 9</b> Der Gemeinderat führt die Gemeinde; er plant und koordiniert ihre Tätigkeiten.
Mitgliederzahl	<b>Art. 10</b> Der Gemeinderat besteht mit seiner Präsidentin oder seinem Präsidenten aus fünf Mitgliedern.
Zuständigkeiten	<b>Art. 11</b> <sup>1</sup> Dem Gemeinderat stehen alle Befugnisse zu, die nicht durch Vorschriften des Bundes, des Kantons oder der Gemeinde einem andern Organ übertragen sind.
	<sup>2</sup> Gebundene Ausgaben beschliesst der Gemeinderat abschliessend. Jährlich steht dem Gemeinderat ein Ratskredit von CHF 5'000.00 zur Verfügung, der im Voranschlag eingestellt wird.
Delegation von Entscheidungsbefugnissen	<b>Art. 12</b> <sup>1</sup> Der Gemeinderat kann in seinem Zuständigkeitsbereich einzelnen seiner Mitglieder, einem Gemeinderatsausschuss oder dem Gemeindepersonal für bestimmte Geschäfte oder Geschäftsbereiche selbständige Entscheidungsbefugnisse übertragen.
	<sup>2</sup> Die Übertragung erfolgt mittels Verordnung.

Oberstufenkommission Thierachern	<sup>3</sup> Der Gemeinderat ist zuständig für die Wahl des Mitgliedes in die Oberstufenschulkommission Thierachern.
Schulkommission Amsoldingen-Höfen	<sup>4</sup> Der Gemeinderat ist zuständig für die Wahl der zwei Mitglieder in die Schulkommission Amsoldingen-Höfen.
Auslagerung Feuerwehr	<p><b>Art. 13</b> <sup>1</sup> Die Einwohnergemeinde Höfen (Anschlussgemeinde) überträgt der Einwohnergemeinde Thierachern (Sitzgemeinde) integral alle Aufgaben und Kompetenzen, welche durch die kantonale Feuerwehrgesetzgebung der Gemeinde überbunden werden. Einzelheiten, insbesondere auch den Übertrag von Vermögenswerten der Anschlussgemeinde an die Sitzgemeinde, regelt der Vertrag über die Zusammenarbeit der Gemeinden Thierachern und Höfen im Bereich der Feuerwehr (Anschlussvertrag). Die Kompetenz zum Abschluss des Vertrages wird an den Gemeinderat delegiert.</p> <p><sup>2</sup>Die Sitzgemeinde wird ermächtigt und verpflichtet, alle gemäss kantonaler Feuerwehrgesetzgebung bzw. gemäss Anschlussvertrag notwendigen Entscheide im strategischen und operativen Bereich zu treffen und die entsprechenden Verfügungen zu erlassen.</p> <p><sup>3</sup>Die Anschlussgemeinde unterstellt sich in Feuerwehrbelangen dem kommunalen Recht der Sitzgemeinde, insbesondere gilt das kommunale Recht der Sitzgemeinde für</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Regelung der Feuerwehrgesetzgebung und der Befreiung von der Feuerwehrgesetzgebung</li><li>• Die Festsetzung des für den Einzug durch die Anschlussgemeinde geltenden Satzes für die Wehrdienstersatzabgabe</li><li>• Die Regelung über Bussen, der Entschädigungen für die Organe und Angehörigen der Feuerwehr (Sitzungsgelder, Spesen, Sold usw.)</li><li>• Für Wahlen in Organe und von Angehörigen (Kader) der Feuerwehr</li><li>• Die Regelung der Finanzierung</li><li>• Die Regelung der kommunalen Aufsicht</li></ul> <p><sup>4</sup>In den Jahren 2006 - 2011 gelten für die Anschlussgemeinde die folgenden Ansätze für die Feuerwehrgesetzgebung:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• 2006 – 2009 = 8 % des Staatssteuerbetrages, maximal regierungsrätlicher Höchstbetrag</li><li>• 2010 – 2011 = 6 % des Staatssteuerbetrages, maximal regierungsrätlicher Höchstbetrag</li></ul> <p>Ab 2012 gilt der Satz der Sitzgemeinde für die Feuerwehrgesetzgebung.</p>
Auslagerung Sozialdienst	<p><b>Art. 14</b> <sup>1</sup> Die Einwohnergemeinde Höfen überträgt der Einwohnergemeinde Uetendorf als Sitzgemeinde integral alle Aufgaben und Kompetenzen, welche die kantonale Sozialhilfegesetzgebung der Sozialbehörde und dem Sozialdienst der Gemeinde überbindet. Einzelheiten regelt der Zusammenarbeitsvertrag. Die Kompetenz zum Abschluss des Vertrages wird an den Gemeinderat delegiert.</p>

<sup>2</sup>Die Sitzgemeinde wird ermächtigt und verpflichtet, alle gemäss kantonaler Sozialhilfegesetzgebung bzw. gemäss Zusammenarbeitsvertrag notwendigen Entscheide im strategischen und operativen Bereich zu treffen.

<sup>3</sup>Die Einwohnergemeinde Höfen kann der Einwohnergemeinde Uetendorf zusätzlich Aufgaben aus dem Bereich Vormundschaft (Einleitung/Führen vormundschaftlicher Massnahmen, Kinderschutzmassnahmen, Pflegekinderaufsicht usw.) übertragen.

<sup>4</sup>Sofern gemäss Vertrag die Vertretung in der Sozialhilfekommission der Sitzgemeinde (Einwohnergemeinde Uetendorf) von der Einwohnergemeinde Höfen wahrzunehmen ist, nimmt darin die zuständige Ressortvorsteherin/der Ressortvorsteher des Gemeinderates Einsitz.

Weitere Erlasse

#### **Art. 15**

Der Gemeinderat ist berechtigt, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Art. 26 ff., folgende Reglemente zu erlassen:

- a) Benützungsgreglement für Schul- und Sportanlagen und Benützungstarif Schulräume
- b) Datenschutz
- c) Gebührenreglement
- d) Parkplatz
- e) Personal
- f) Polizeiwesen
- g) Schulzahnpflege
- h) Reglement über die Kontrolle der Feuerungsanlagen mit Heizöl „Extra leicht“ und Gas

#### **A. 4 Das**

##### **Rechnungsprüfungs- Organ**

**Art. 16** <sup>1</sup>Die Rechnungsprüfung erfolgt durch eine privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich organisierte, externe Revisionsstelle.

<sup>2</sup>Das Gemeindegesetz, die Gemeindeverordnung und die Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden umschreiben die Wählbarkeitsvoraussetzungen und die Aufgaben.

<sup>3</sup>Das Rechnungsprüfungsorgan ist Aufsichtsstelle für Datenschutz gemäss Art. 33 des kant. Datenschutzgesetzes. Die Berichterstattung erfolgt einmal jährlich an die Gemeindeversammlung.

<sup>4</sup>Das Rechnungsprüfungsorgan verfügt über eine jährliche Ausgabenkompetenz von CHF 1'000.00.

## A.5 Die Kommissionen

- Ständige Kommissionen **Art. 17** <sup>1</sup> Aufgaben, Zuständigkeiten, Organisation und Mitgliederzahl der vom Gemeinderat geschaffenen ständigen Kommissionen werden im Anhang I zum Reglement bestimmt.
- <sup>2</sup> Der Gemeinderat kann in seinem Zuständigkeitsbereich mittels Verordnung weitere ständige Kommissionen ohne Entscheidungsbefugnis einsetzen. Diese Verordnung bestimmt deren Aufgaben, Organisation und Mitgliederzahl.
- Nichtständige Kommissionen **Art. 18** <sup>1</sup> Die Stimmberechtigten oder der Gemeinderat können zur Behandlung einzelner in ihre Zuständigkeit fallende Geschäfte nichtständige Kommissionen einsetzen, soweit nicht übergeordnete Vorschriften entgegenstehen.
- <sup>2</sup> Der Einsetzungsbeschluss bestimmt Aufgaben, Zuständigkeit, Organisation und Zusammensetzung.
- Delegation **Art. 19** <sup>1</sup> Die Kommissionen können einzelnen Mitgliedern oder einem Kommissionsausschuss Aufgaben inklusive Entscheidungsbefugnis übertragen.
- <sup>2</sup> Die Übertragung erfolgt mittels Beschluss.
- <sup>3</sup> Die Übertragung ist auf bestimmte Geschäfte oder Geschäftsbereiche zu beschränken und bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der Kommissionsmitglieder.

## A.6 Das Gemeindepersonal

- Personalbestimmungen **Art. 20** Die Grundzüge des Dienstverhältnisses, wie Rechtsverhältnis, Lohnsystem, sowie Rechte und Pflichten des Personals werden in einem Reglement geregelt.

## B. Politische Rechte

### B.1 Stimmrecht

- Art. 21** <sup>1</sup> Schweizerinnen und Schweizer, die seit drei Monaten in der Gemeinde wohnhaft sind und das 18. Altersjahr zurückgelegt haben, sind stimmberechtigt.
- <sup>2</sup> Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind, bleiben vom Stimmrecht ausgeschlossen.

## **B.2 Initiative**

Grundsatz	<b>Art. 22</b> <sup>1</sup> Die Stimmberechtigten können die Behandlung eines Geschäftes verlangen, wenn es in ihre Zuständigkeit fällt.
Gültigkeit	<sup>2</sup> Die Initiative ist gültig, wenn sie <ul style="list-style-type: none"><li>– von mindestens dem zehnten Teil der Stimmberechtigten unterzeichnet ist</li><li>– innert der Frist nach Art. 23 Abs. 2 eingereicht ist</li><li>– entweder als einfache Anregung oder als ausgearbeiteter Entwurf ausgestaltet ist</li><li>– eine vorbehaltlose Rückzugsklausel sowie die Namen der Rückzugsberechtigten enthält</li><li>– nicht rechtswidrig oder undurchführbar ist und</li><li>– nicht mehr als einen Gegenstand umfasst</li></ul>
Anmeldung	<b>Art. 23</b> <sup>1</sup> Der Beginn der Unterschriftensammlung ist dem Gemeinderat schriftlich anzuzeigen.
Einreichungsfrist	<sup>2</sup> Die Initiative ist spätestens sechs Monate nach Anmeldung beim Gemeinderat einzureichen.  <sup>3</sup> Ist die Initiative eingereicht, können die Unterzeichnenden ihre Unterschrift nicht mehr zurückziehen.
Ungültigkeit	<b>Art. 24</b> <sup>1</sup> Der Gemeinderat prüft, ob die Initiative gültig ist.  <sup>2</sup> Fehlt eine Voraussetzung nach Art. 22 Abs. 2, verfügt der Gemeinderat die Ungültigkeit der Initiative, soweit der Mangel reicht. Er hört das Initiativkomitee vorher an.
Behandlungsfrist	<b>Art. 25</b> Der Gemeinderat unterbreitet der Versammlung die Initiative innert eines Jahres seit der Einreichung.

## **B.3 Fakultative Volksabstimmung (Referendum)**

Grundsatz	<b>Art. 26</b> <sup>1</sup> Mindestens fünf Prozent der Stimmberechtigten können gegen Gemeinderatsbeschlüsse gemäss Art. 15 das Referendum ergreifen.
Referendumsfrist	<sup>2</sup> Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage seit der Bekanntmachung.
Bekanntmachung	<b>Art. 27</b> <sup>1</sup> Die Gemeinde gibt Beschlüsse nach Art. 15 im amtlichen Anzeiger einmal bekannt.  <sup>2</sup> Die Bekanntmachung enthält: <ul style="list-style-type: none"><li>– den Beschluss</li><li>– den Hinweis auf die Referendumsmöglichkeit</li><li>– die Referendumsfrist</li><li>– die Prozentzahl der Stimmberechtigten, die unterschreiben müssen</li></ul>

- die Einreichungsstelle
- den Hinweis, wo und wann allfällige Unterlagen aufliegen

Behandlungsfrist **Art. 28** Kommt das Referendum gültig zustande, unterbreitet der Gemeinderat der nächsten Versammlung die Vorlage zum Entscheid.

#### **B.4 Petition**

Petition **Art. 29** <sup>1</sup> Jede Person hat das Recht, Petitionen an Gemeindeorgane zu richten.

<sup>2</sup> Das zuständige Organ hat die Petition innerhalb eines Jahres zu prüfen und zu beantworten.

### **C. Verfahren an der Gemeindeversammlung**

#### **C.1 Allgemeines**

Zeit der Versammlungen **Art. 30** <sup>1</sup> Der Gemeinderat lädt die Stimmberechtigten zur Versammlung ein

- im ersten Halbjahr, um die Rechnung zu beschliessen
- im zweiten Halbjahr, um den Voranschlag der Laufenden Rechnung und die Anlage der ordentlichen Gemeindesteuern, sowie den Satz der Liegenschaftssteuer zu beschliessen

<sup>2</sup> Der Gemeinderat kann zu weiteren Versammlungen einladen.

<sup>3</sup> Der Gemeinderat setzt die Versammlungen so an, dass möglichst viele Stimmberechtigte daran teilnehmen können.

Einberufung **Art. 31** Der Gemeinderat gibt Ort, Zeit und Traktanden für die Versammlung 30 Tage vorher im amtlichen Anzeiger bekannt.

Traktanden **Art. 32** Die Versammlung darf nur traktandierte Geschäfte endgültig beschliessen.

Erheblicherklären von Anträgen **Art. 33** <sup>1</sup> Unter dem Traktandum Verschiedenes kann eine stimmberechtigte Person verlangen, dass der Gemeinderat für die nächste Versammlung ein Geschäft, das in die Zuständigkeit der Versammlung fällt, traktandiert.

<sup>2</sup> Die Präsidentin oder der Präsident unterbreitet diesen Antrag der Versammlung zum Entscheid.

<sup>3</sup> Nehmen die Stimmberechtigten den Antrag an, hat er die gleiche Wirkung wie eine Initiative.

Rügepflicht	<p><b>Art. 34<sup>1</sup></b> Stellt eine stimmberechtigte Person die Verletzung von Zuständigkeits- bzw. Verfahrensvorschriften fest, hat sie die Präsidentin oder den Präsidenten sofort auf diese hinzuweisen.</p> <p><sup>2</sup> Unterlässt sie pflichtwidrig einen solchen Hinweis, verliert sie das Beschwerderecht (Art. 49a des Gemeindegesetzes).</p>
Vorsitz	<p><b>Art. 35<sup>1</sup></b> Die Präsidentin oder der Präsident leitet die Versammlung.</p> <p><sup>2</sup> Die Versammlung entscheidet nicht geregelte Verfahrensfragen.</p> <p><sup>3</sup> Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet Rechtsfragen.</p>
Eröffnung	<p><b>Art. 36</b> Die Präsidentin oder der Präsident</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– eröffnet die Versammlung</li><li>– fragt, ob alle Anwesenden stimmberechtigt sind</li><li>– sorgt dafür, dass Nichtstimmberechtigte gesondert sitzen</li><li>– veranlasst die Wahl der Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler</li><li>– lässt die Anzahl der Stimmberechtigten feststellen und</li><li>– gibt Gelegenheit, die Reihenfolge der Traktanden zu ändern</li></ul>
Eintreten	<p><b>Art. 37</b> Die Versammlung tritt ohne Beratung und Abstimmung auf jedes Geschäft ein.</p>
Beratung	<p><b>Art. 38<sup>1</sup></b> Die Stimmberechtigten dürfen sich zum Geschäft äussern und Anträge stellen. Die Präsidentin oder der Präsident erteilt ihnen das Wort.</p> <p><sup>2</sup> Die Versammlung kann die Redezeit und die Zahl der Äusserungen beschränken.</p> <p><sup>3</sup> Die Präsidentin oder der Präsident klärt nach unklaren Äusserungen ab, ob ein Antrag vorliegt.</p>
Ordnungsantrag	<p><b>Art. 39<sup>1</sup></b> Die Stimmberechtigten können beantragen, die Beratung zu schliessen.</p> <p><sup>2</sup> Die Präsidentin oder der Präsident lässt über einen solchen Ordnungsantrag sofort abstimmen.</p> <p><sup>3</sup> Nimmt die Versammlung diesen Antrag an, haben einzig noch</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– die Stimmberechtigten, die sich vor dem Antrag gemeldet haben</li><li>– die Sprecherinnen und Sprecher der vorberatenden Behörden und</li><li>– wenn es um Initiativen geht, eine Sprecherin oder ein Sprecher der Initianten das Wort</li></ul>

## C.2 Abstimmungen

Allgemeines	<p><b>Art. 40</b> Die Präsidentin oder der Präsident</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– schliesst die Beratung, wenn sich niemand mehr äussern will</li><li>– erläutert das Abstimmungsverfahren und</li><li>– gibt den Stimmberechtigten Gelegenheit, das Abstimmungsverfahren anders festzulegen</li></ul>
Abstimmungsverfahren	<p><b>Art. 41</b> <sup>1</sup> Das Abstimmungsverfahren ist so festzulegen, dass der wahre Wille der Stimmberechtigten zum Ausdruck kommt.</p> <p><sup>2</sup> Die Präsidentin oder der Präsident</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– unterbricht wenn nötig die Versammlung, um das Abstimmungsverfahren vorzubereiten</li><li>– erklärt Anträge für ungültig, die rechtswidrig sind oder vom Traktandum nicht erfasst werden</li><li>– lässt über einen allfälligen Rückweisungsantrag abstimmen</li><li>– fasst diejenigen Anträge zu Gruppen zusammen, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen und</li><li>– lässt für jede Gruppe den Sieger (Art. 42) ermitteln</li></ul>
Gruppensieger (Cupsystem)	<p><b>Art. 42</b> <sup>1</sup> Die Präsidentin oder der Präsident fragt bei zwei Anträgen, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen: „Wer ist für Antrag A?“ - „Wer ist für Antrag B?“. Der Antrag, auf den mehr Stimmen entfallen, ist Gruppensieger.</p> <p><sup>2</sup> Liegen drei oder mehr Anträge, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen, vor, stellt die Präsidentin oder der Präsident gemäss Abs. 1 solange zwei Anträge einander gegenüber, bis der Gruppensieger feststeht (Cupsystem).</p> <p><sup>3</sup> Der Gemeindeschreiber schreibt die Anträge der Reihe nach auf. Die Präsidentin oder der Präsident stellt zuerst den letzten Antrag dem zweitletzten gegenüber, den Sieger dem drittletzten usw.</p>
Schlussabstimmung	<p><b>Art. 43</b> Die Präsidentin oder der Präsident stellt am Schluss die bereinigte Vorlage vor und fragt: „Wollt ihr diese Vorlage annehmen?“</p>
Form	<p><b>Art. 44</b> <sup>1</sup> Die Versammlung stimmt offen ab.</p> <p><sup>2</sup> Ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten kann eine geheime Abstimmung verlangen.</p>
Stichentscheid	<p><b>Art. 45</b> Die Präsidentin oder der Präsident stimmt mit. Bei Stimmen-gleichheit gibt sie oder er zudem den Stichentscheid.</p>
Konsultativabstimmung	<p><b>Art. 46</b> <sup>1</sup> Die Versammlung kann zu Geschäften Stellung nehmen, die nicht in ihre Zuständigkeit fallen.</p>

<sup>2</sup> Das zuständige Organ ist an diese Stellungnahme nicht gebunden.

<sup>3</sup> Das Verfahren ist gleich wie bei Abstimmungen (Art. 40 ff.).

### C.3 Wahlen

#### Wählbarkeit

**Art. 47** Wählbar sind

- a) in den Gemeinderat und in das Präsidium der Versammlung die in der Gemeinde Stimmberechtigten
- b) in Kommissionen mit Entscheidbefugnis die in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten
- c) in Kommissionen ohne Entscheidbefugnis alle urteilsfähigen Personen
- d) in die Organe der Rechnungsprüfung die nach den Bestimmungen der kantonalen Gemeindeverordnung befähigten Personen

#### Unvereinbarkeit

**Art. 48** <sup>1</sup> Dem unmittelbar übergeordneten Organ darf eine durch die Gemeinde beschäftigte Person nicht angehören, wenn ihre Entschädigung das Minimum der obligatorischen Versicherung gemäss dem Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge erreicht.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat stellt die Unterordnungsverhältnisse in einem Organigramm dar.

<sup>3</sup> Mitglieder des Rechnungsprüfungsorgans dürfen nicht gleichzeitig dem Gemeinderat, einer Kommission oder dem Gemeindepersonal angehören.

#### Verwandtenausschluss

**Art. 49** Der Verwandtenausschluss für den Gemeinderat und die Rechnungsprüfungsorgane ist im Anhang II geregelt.

#### Offenlegungspflicht

**Art. 50** Jede Kandidatin und jeder Kandidat für den Gemeinderat, das Rechnungsprüfungsorgan oder eine Kommission mit Entscheidbefugnis hat vor ihrer oder seiner Wahl Interessenbindungen offen zu legen, die sie oder ihn in der Ausübung des Amtes beeinflussen können.

#### Amtszeitbeschränkung

**Art. 51** Die Amtszeit gewählter Organe beträgt vier Jahre. Sie beginnt und endet mit dem Kalenderjahr. Unter Berücksichtigung der Amtszeitbeschränkung gemäss Art. 52 ist eine verkürzte Amtszeit möglich.

#### Amtszeitbeschränkung

**Art. 52** <sup>1</sup> Die Amtszeit aller Kommissions- und Ratsmitglieder, einschliesslich des Gemeindepräsidiums ist auf maximal 12 Jahre beschränkt. Eine Wiederwahl ist frühestens nach vier Jahren möglich.

<sup>2</sup>Für das Präsidium des Gemeinderates fallen die Amtsdauer als Gemeinderat ausser Betracht. Dies gilt nicht für die Kommissionen.

Wahlverfahren

**Art. 53**

<sup>1</sup> Haben die Stimmberechtigten Neu- oder Wiederwahlen vom Gemeinderat vorzunehmen, publiziert der Gemeindegemeinschreiber die freiwerdenden Sitze spätestens zwei Monate vor dem Wahltermin im amtlichen Anzeiger. In der Publikation ist anzugeben auf welchen Sitz sich die Wahl bezieht und wann die Frist für die Wahlvorschläge abläuft.

<sup>2</sup> Mindestens 5 Stimmberechtigte können innert 30 Tagen seit der Publikation gemeinsam Wahlvorschläge im Sinne von Art. 47 ff. einreichen. Die Stimmberechtigten haben auf ihren Wahlvorschlägen bekanntzugeben, für welchen Sitz diese gelten sollen. Die für den Gemeinderat sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder gelten als gesetzt und müssen von den Stimmberechtigten nicht nochmals vorgeschlagen werden. Zusätzliche Kandidatinnen und Kandidaten können nominiert werden.

<sup>3</sup> Nach Abschluss des Vorschlagsverfahrens gibt der Gemeindegemeinschreiber die Vorgeschlagenen mit der Botschaft zur Gemeindeversammlung öffentlich bekannt.

<sup>4</sup> Wenn für Gemeinderat weniger Kandidaten vorgeschlagen werden als Sitze zu vergeben sind, können an der Versammlung weitere Vorschläge gemacht werden.

<sup>5</sup> Werden nicht mehr Vorschläge unterbreitet als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Gemeinderat die Vorgeschlagenen als gewählt (stilles Wahlverfahren).

<sup>6</sup> Liegen mehr Vorschläge vor, wählt die Versammlung geheim.

<sup>7</sup> Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler verteilen die Zettel. Sie melden die Anzahl dem Gemeindegemeinschreiber.

<sup>8</sup> Die Stimmberechtigten dürfen

- so viele Namen auf den Zettel schreiben, als Stellen zu besetzen sind
- nur wählen, wer vorgeschlagen ist

<sup>9</sup> Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler sammeln die Zettel wieder ein.

<sup>10</sup> Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler sowie der Gemeindegemeinschreiber

- prüfen, ob sie nicht mehr Zettel haben, als verteilt worden sind (Art. 54)
- scheiden ungültige Zettel von den gültigen (Art. 55) und
- ermitteln das Ergebnis (Art. 56 und 57)

Ungültiger Wahlgang	<b>Art. 54</b> Die Präsidentin oder der Präsident lässt den Wahlgang wiederholen, wenn die Zahl der eingesammelten Zettel die der ausgeteilten übersteigt.
Ungültige Zettel	<b>Art. 55</b> Ein Zettel ist ungültig, wenn er keine Namen von Vorgeschlagenen enthält.
Ungültige Namen	<b>Art. 56</b> <sup>1</sup> Ein Name ist ungültig, wenn er – nicht eindeutig einem Vorschlag zugeordnet werden kann – mehr als ein Mal auf einem Zettel steht oder – überzählig ist, weil der Zettel mehr Namen enthält als Sitze zu vergeben sind
-	<sup>2</sup> Die Stimmentzählerinnen und Stimmentzähler sowie der Gemeindegemeinschreiber streichen zuerst die Wiederholungen. Sind dann immer noch mehr Namen auf dem Zettel als Sitze zu besetzen sind, werden die letzten Namen gestrichen.
Ermittlung	<b>Art. 57</b> <sup>1</sup> Die Zahl der gültigen Zettel wird halbiert. Die nächsthöhere, ganze Zahl ist das absolute Mehr.  <sup>2</sup> Wer das absolute Mehr erreicht hat, ist gewählt. Erreichen zu viele Vorgeschlagene das absolute Mehr, sind diejenigen gewählt, die am meisten Stimmen haben.
Zweiter Wahlgang	<b>Art. 58</b> <sup>1</sup> Haben im ersten Wahlgang zu wenig Personen das absolute Mehr erreicht, ordnet die Präsidentin oder der Präsident einen zweiten Wahlgang an.  <sup>2</sup> Im zweiten Wahlgang bleiben höchstens doppelt so viele Vorgeschlagene, als Sitze zu besetzen sind. Massgebend ist die Stimmenzahl des ersten Wahlgangs.  <sup>3</sup> Gewählt sind diejenigen mit den höchsten Stimmenzahlen.
Minderheitenschutz	<b>Art. 59</b> Die Bestimmungen des Gemeindegemeinschgesetzes über die Vertretung der Minderheiten bleiben vorbehalten.
Los	<b>Art. 60</b> Die Präsidentin oder der Präsident zieht bei Stimmengleichheit das Los.

## D. Öffentlichkeit, Information, Protokolle

### D.1 Öffentlichkeit

Gemeindeversammlung **Art. 61**<sup>1</sup> Die Gemeindeversammlung ist öffentlich.

<sup>2</sup> Die Medien haben freien Zugang zur Versammlung und dürfen darüber berichten.

<sup>3</sup> Über die Zulässigkeit von Bild- und Tonaufnahmen oder -übertragungen entscheidet die Versammlung.

<sup>4</sup> Jede stimmberechtigte Person kann verlangen, dass ihre Äusserung oder Stimmabgabe nicht aufgezeichnet wird.

### D.2 Information

Information der Bevölkerung **Art. 62**<sup>1</sup> Die Gemeinde informiert über alle Tätigkeiten von allgemeinem Interesse, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.

<sup>2</sup> Sie informiert rasch, umfassend, sachgerecht und klar.

Auskünfte **Art. 63**<sup>1</sup> Jede Person hat ein Recht auf Auskunft und Einsicht in amtliche Akten, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.

Informations- und Datenschutzgesetzgebung <sup>2</sup> Die kantonale Gesetzgebung über die Information der Bevölkerung und den Datenschutz bleibt vorbehalten.

Vorschriften der Gemeinde **Art. 64** Die Gemeindeverwaltung führt eine laufend aktualisierte Sammlung der Gemeindeerlasse und hält diese zur Einsicht offen.

### D.3 Protokolle

a) Grundsatz **Art. 65** Über die Beratung der Gemeindeorgane ist Protokoll zu führen.

b) Inhalt **Art. 66**<sup>1</sup> Das Protokoll enthält

- a) Ort und Datum der Versammlung oder Sitzung
- b) Name der oder des Vorsitzenden und der Protokollführerin oder des Protokollführers
- c) Zahl der anwesenden Stimmberechtigten oder Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
- d) Reihenfolge der Traktanden
- e) Anträge
- f) angewandte Abstimmungs- und Wahlverfahren
- g) Beschlüsse und Wahlergebnisse

- h) Rügen nach Art. 49a des Gemeindegesetzes (Rügepflicht)
- i) Zusammenfassung der Beratung und
- j) Unterschrift des oder der Vorsitzenden und der Protokollführerin oder des Protokollführers

<sup>2</sup> Die Beratung ist sachlich und willkürfrei zu protokollieren.

- c) Genehmigung des Versammlungsprotokolls

**Art. 67** <sup>1</sup> Der Gemeindegeschreiber legt das Protokoll der Gemeindeversammlung spätestens sieben Tage nach der Versammlung während dreissig Tagen öffentlich auf.

<sup>2</sup> Während der Auflage kann schriftlich Einsprache beim Gemeinderat gemacht werden.

<sup>3</sup> Der Gemeinderat entscheidet über die Einsprachen und genehmigt das Protokoll.

<sup>4</sup> Das Protokoll ist öffentlich.

## E. Aufgaben

### E.1 Aufgabenwahrnehmung

Grundsatz

**Art. 68** <sup>1</sup> Die Gemeinde erfüllt die ihr übertragenen und von ihr selbstgewählten Aufgaben.

<sup>2</sup> Gemeindeaufgaben können alle Angelegenheiten sein, die nicht ausschliesslich vom Bund, vom Kanton oder anderen Trägern öffentlicher Aufgaben wahrgenommen werden.

Selbstgewählte Aufgaben

**Art. 69** Grundlage für die Übernahme selbstgewählter Aufgaben ist ein Erlass oder Beschluss des zuständigen Gemeindeorgans.

a) Grundlage

b) Menge, Qualität, Kosten, Finanzierung

**Art. 70** <sup>1</sup> Menge, Qualität und Kosten der zu erbringenden Leistung sind dabei festzulegen.

<sup>2</sup> Die finanzielle Tragbarkeit ist nachzuweisen.

Überprüfung

**Art. 71** Die Aufgaben werden periodisch auf ihre Notwendigkeit hin überprüft.

### E.2 Aufgabenerfüllung

Grundsatz

**Art. 72** <sup>1</sup> Die Aufgaben sind nach Massgabe des Rechts sowie leistungs-

	und kostenorientiert zu erfüllen.
Überprüfung der Leistungserbringung	<sup>2</sup> Der Gemeinderat überprüft die sachgerechte und wirtschaftliche Leistungserbringung laufend.
Träger der Aufgaben	<b>Art. 73</b> <sup>1</sup> Für jede Aufgabe ist zu prüfen, ob die Gemeinde sie a) selbst erfüllen b) einem Gemeindeunternehmen zuweisen oder c) an Dritte ausserhalb der Verwaltung übertragen soll  <sup>2</sup> Die Zusammenarbeit mit Gemeinden, privaten und öffentlich-rechtlichen Körperschaften ist anzustreben, soweit damit eine wirksamere oder kostengünstigere Leistung erbracht werden kann.
Erfüllung durch Dritte	<b>Art. 74</b> <sup>1</sup> Wird beabsichtigt, eine öffentliche Aufgabe an Dritte zu übertragen, so hat dies mittels einer öffentlichen Ausschreibung zu geschehen, wenn der jährliche Umsatz der zu übertragenden Aufgabe CHF 20'000.00 übersteigt.  <sup>2</sup> Der rechtsgleiche Zugang zur Übernahme öffentlicher Aufgaben ist dabei zu gewährleisten.  <sup>3</sup> Es sind periodische Neuausschreibungen vorzunehmen.

## F. Verantwortlichkeit und Rechtspflege

### F.1 Verantwortlichkeit

Sorgfalts- und Schweigepflicht	<b>Art. 75</b> <sup>1</sup> Die Mitglieder der Gemeindeorgane und das Gemeindepersonal haben ihre Amtspflichten gewissenhaft und sorgfältig zu erfüllen.  <sup>2</sup> Sie haben Dritten gegenüber verschwiegen zu sein über Wahrnehmungen, die sie bei der Ausübung ihres Amtes machen.  <sup>3</sup> Die Schweigepflicht besteht auch nach Ausscheiden aus dem Amt.
Disziplinarische Verantwortlichkeit	<b>Art. 76</b> <sup>1</sup> Die Mitglieder der Gemeindeorgane und das Gemeindepersonal unterstehen der disziplinarischen Verantwortlichkeit.  <sup>2</sup> Die Regierungstatthalterin oder der Regierungstatthalter ist Disziplinarbehörde für die Mitglieder des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission.  <sup>3</sup> Der Gemeinderat ist Disziplinarbehörde für die übrigen Gemeindeorgane und das Gemeindepersonal.

<sup>4</sup> Die Disziplinarbehörde trifft während des disziplinarischen Verfahrens die nötigen vorsorglichen Massnahmen wie Einstellung der oder des Betroffenen im Amt oder Beweissicherung.

<sup>5</sup> Vor dem Verhängen einer Disziplinarstrafe ist der oder dem Betroffenen das rechtliche Gehör zu gewähren.

<sup>6</sup> Es können folgende Disziplinarstrafen verhängt werden:

- a) Verweis
- b) Busse bis CHF 5'000.00
- c) Einstellung im Amt bis zu sechs Monaten mit Kürzung oder Entzug der Besoldung

<sup>7</sup> Bei schwerer oder wiederholter Amtspflichtverletzung, welche die weitere Ausübung des Amtes als unzumutbar erscheinen lässt, veranlasst die Disziplinarbehörde die Abberufung der Person durch die zuständige kantonale Behörde.

Vermögensrechtliche  
Verantwortlichkeit

**Art. 77** <sup>1</sup> Die Gemeinde haftet für den Schaden, den ihre Organe und das Gemeindepersonal bei der Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit widerrechtlich verursachen.

<sup>2</sup> Die Gemeinde haftet subsidiär für den Schaden, den andere Trägerschaften öffentlicher Gemeindeaufgaben bei der Ausübung der ihnen übertragenen Tätigkeiten widerrechtlich verursachen.

<sup>3</sup> Die Gemeinde kann auf die Mitglieder ihrer Organe und das Gemeindepersonal, welche den Schaden verursacht haben, in gleicher Weise Rückgriff nehmen, wie der Kanton gegenüber seinen Organen.

<sup>4</sup> Die besondere Gesetzgebung bleibt vorbehalten.

## **F.2 Rechtspflege**

Beschwerde

**Art. 78** <sup>1</sup> Gegen Beschlüsse, Verfügungen und Wahlen sowie Abstimmungen von Gemeindeorganen kann nach den kantonalen Bestimmungen (insbesondere Verwaltungsrechtspflegegesetz) Beschwerde geführt werden.

<sup>2</sup> Vorbehalten bleibt die besondere Gesetzgebung.

## **G. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

Anhang

**Art. 79** Die Versammlung erlässt den Anhang I (Kommissionen) im gleichen Verfahren wie dieses Reglement.

Inkrafttreten

**Art. 80** <sup>1</sup> Dieses Reglement tritt mit der Genehmigung durch das Amt für

Gemeinden und Raumordnung in Kraft.

<sup>2</sup> Es hebt das Organisationsreglement vom 07. Dezember 2001 mit den Nachträgen vom 05.12.2003, 03.12.2004 und 05.12.2007 und weitere widersprechende Vorschriften auf.

Die Versammlung vom 17. Juni 2011 nahm dieses Reglement an.

Der Gemeindepräsident:

gez.

Rolf Bolliger

Der Gemeindeschreiber:

gez.

André Chevrolet

## **Auflagezeugnis**

Der unterzeichnete Gemeindeschreiber bescheinigt, dass das Organisationsreglement vom 12. Mai 2011 bis 17. Juni 2011 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Amsoldingen-Höfen-Oberstocken öffentlich aufgelegt worden ist. Die Auflage wurde vorschriftsgemäss publiziert. Innerhalb der Rechtsmittelfrist sind keine Einsprachen eingelangt.

Höfen, 20. Juli 2011

Der Gemeindeschreiber:

gez.

André Chevrolet

## **Genehmigung**

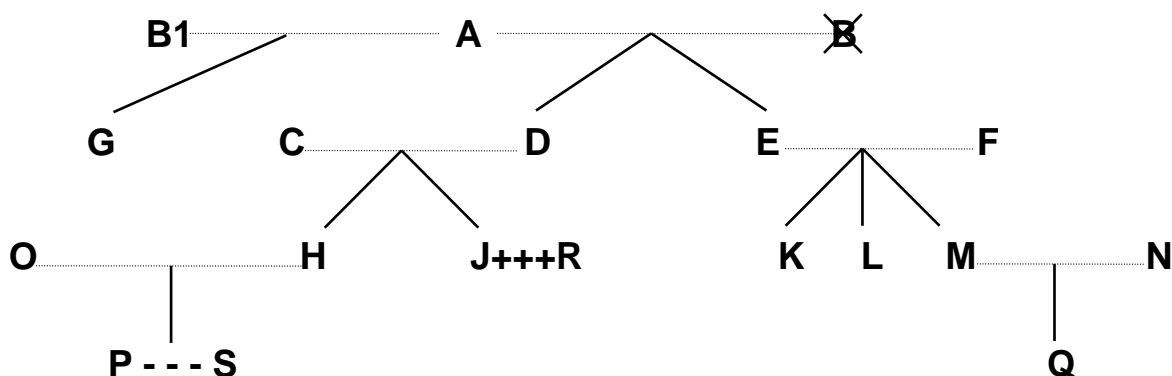
Genehmigt ohne Vorbehalt durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung  
Am: 25. Juli 2011

gez. M. Schürch, Fürsprecherin  
Leiterin Gemeinderecht

## Anhang I: Kommission

Infrastrukturkommission	
Anzahl Mitglieder	5 - 9
Mitglieder von Amtes wegen	Gemeinderat Ressort Infrastruktur, Kommissionspräsident Gemeinderat Ressort Liegenschaften
Wahlorgan	Gemeinderat
Übergeordnete Stellen	Gemeinderat
Untergeordnete Stellen	Ackerbaustellenleiter, Brunnenmeister, Wegmeister
Aufgaben	Abfall, Bau, Tiefbau, Umwelt, Wasser
Ausgabenbefugnisse	Gemäss Voranschlag. Für Bestellungen und Arbeiten über CHF 5'000.00 sind mindestens zwei Offerten einzuholen. Der Gemeinderat ist auf Antrag der Kommission für die Arbeitsvergebung zuständig.

## Anhang II: Verwandtenausschluss



Legende:

.....	= Ehe
	= Abstammung
×	= verstorben
+++	= eingetragene Partnerschaft
---	= faktische Lebensgemeinschaft

Dem <b>Gemeinderat</b> dürfen nicht gleichzeitig angehören		Beispiele:
<b>a) Verwandte in gerader Linie</b>	Eltern - Kinder	A mit D, E und G; F mit K, L und M; D mit H und J
	Grosseltern - Grosskinder	A mit H, J, K, L und M
	Urgrosseltern - Urgrosskinder	A mit P und Q
<b>b) Verschwägte in gerader Linie</b>	Schwiegereltern	A mit C und F; E und F mit N; C und D mit O; C und D mit R
	Schwiegersohn/Schwiegertochter	O mit C und D; N mit E und F; R mit C und D
	Stiefeltern/Stiefkinder	B1 (2. Ehefrau von A) mit D und E
<b>c) voll- und halbbürtige Geschwister</b>	Bruder/Schwester, Stiefbruder/-schwester	K mit L und M; H mit J; G mit D und E
<b>d) Ehepaare</b>	Ehepartner	A mit B1; C mit D; O mit H
<b>e) eingetragene Partnerschaft</b>	eingetragener Lebenspartner	J mit R
<b>f) faktische Lebensgemeinschaft</b>	Lebenspartner	P mit S

### Ebensowenig dürfen Personen, die mit

- Mitgliedern des Gemeinderates,
- Mitgliedern von Kommissionen oder
- Vertreterinnen/Vertretern des Gemeindepersonals

in obiger Weise verwandt, verschwägert, verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft oder faktischer Lebensgemeinschaft verbunden sind, dem Rechnungsprüfungsorgan angehören.